

Laibacher Zeitung.



Nr. 38.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11. halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halb. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 12. halbj. fl. 7.50.

Freitag, 16. Februar

Insertionsgebühr bis 30 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl. 10 kr. 4mal 1 fl. 20 kr., 5mal 1 fl. 40 kr., 6mal 1 fl. 60 kr., 7mal 1 fl. 80 kr., 8mal 2 fl., 9mal 2 fl. 20 kr., 10mal 2 fl. 40 kr., 11mal 2 fl. 60 kr., 12mal 2 fl. 80 kr., 13mal 3 fl., 14mal 3 fl. 20 kr., 15mal 3 fl. 40 kr., 16mal 3 fl. 60 kr., 17mal 3 fl. 80 kr., 18mal 4 fl., 19mal 4 fl. 20 kr., 20mal 4 fl. 40 kr., 21mal 4 fl. 60 kr., 22mal 4 fl. 80 kr., 23mal 5 fl., 24mal 5 fl. 20 kr., 25mal 5 fl. 40 kr., 26mal 5 fl. 60 kr., 27mal 5 fl. 80 kr., 28mal 6 fl., 29mal 6 fl. 20 kr., 30mal 6 fl. 40 kr.

1872.

Amtlicher Theil.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Dr. Ferdinand Dinstl jun., Wilhelm Gutmann roots, Jst Wolf, Karl Hochstetter, Dr. Hugo Sackur, Franz Schmitt und Casar Wollheim die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Krems Gasbeleuchtungs-Gesellschaft“ mit dem Sitze in Krems erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat den Lehrer an der öffentlichen Oberrealschule in der inneren Stadt Wien Clemens Barckhaek zum wirklichen Lehrer an der Staats-Oberrealschule in Öbrz ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Journalstimmen über die galizische Frage.

Die „Wiener Abendpost“ äußert sich in ihrem Tagesberichte vom 13. d. in folgender Weise: „Sämmtliche Wiener Journale kommen an leitender Stelle auf das Elaborat des Subcomités des Verfassungsausschusses betreffend die galizischen Ansprüche zurück, um dem das Interesse aller politischen Kreise beherrschenden Schriftstücke in eingehenderer Weise, als dies bisher der Fall war, ihre Würdigung angedeihen zu lassen. Diese letztere ist auf Seite der verfassungstreuen Journale eine im Großen und Ganzen durchaus günstige. Wenn auch die nach dem erwähnten Elaborate dem Lande Galizien zu gewährenden Concessionen einzelnen Journalen etwas zu weit gehend erscheinen, in dem einen Punkte stimmen sie indessen überein, daß durch das Subcomité-Elaborat eine taugliche Grundlage für die Verständigung über die galizischen Ansprüche gewonnen, ein wesentlicher Schritt zur Verwirklichung derselben geschehen sei. Eben so übereinstimmend constatiren dieselben, daß seitens des Subcomités des Verfassungsausschusses dem Lande Galizien Alles concedirt wurde, was seitens seiner Bevölkerung im Interesse der nationalen Entwicklung nur immer gewünscht werden könne, und die nicht concedirten Punkte der galizischen Resolution solche Ansprüche betreffen, welche mit den auch von den Abgeordneten Galiziens hochzuhaltenden Reichsinteressen absolut unvereinbar seien.“

Dieser generellen Anschauung lassen wir die hierauf Bezug habenden hervorragenden Stellen anderer Blätter folgen.

„Das Elaborat des Subcomités — schreibt die „N. Fr. Pr.“ — übergibt wichtige Attribute der Gesamtheit an das Einzelland. Der ganze Unterricht,

von der Universität bis herab zur letzten Dorfschule, wird der Beschlußfassung des galizischen Landtages überantwortet, nur mit der einen Schranke, daß diese Ueberantwortung nur innerhalb der Grenzen der Staatsgrundgesetze erfolgt ist. In Zusatzangelegenheiten wird dem Lande gleichfalls eine schwere Summe von Rechten zugewiesen. Die Gesetzgebung über das adelige Richteramt, über die Fürsorge für die Waisen soll fortan der galizische Landtag üben; desgleichen soll demselben ein Legislativrecht in Bezug auf Friedensgerichte und auf das Polizeistrafrecht in Landesangelegenheiten zugestehen.“

„Man gesteht — constatirt die „Presse“ — Galizien die Organisation der politischen und richterlichen Behörden erster Instanz zu, man übergibt ihnen das ganze Schulwesen, man bewilligt ihnen einen obersten Gerichtshof, für die politische und Schuladministration ein jährliches Pauschale und man gibt ihnen endlich auch einen Landesminister. Der galizische Landtag verlangt allerdings eine noch weiter gehende Sonderstellung des Kronlandes und glaubt dieselbe dadurch am besten zu schützen, daß er eine verantwortliche Landesregierung, eine eigene Civil- und Strafgesetzgebung, die Bestimmung über das Heimatsrecht etc. beansprucht. Würden indeß diese Forderungen bewilligt, so wäre ein Reich im Reiche geschaffen.“

„Die Arbeit des Subcomités — schreibt die „Deutsche Zeitung“ — ist ein entschiedener Fortschritt auf der Bahn des Ausgleiches. Wohl seien noch nicht alle Differenzpunkte ausgeglichen — fähig das für den galizischen Ausgleich in sehr entschiedener Weise plaidirende Journal fort, — noch bilde die verweigerte Forderung einer verantwortlichen Landesregierung eine Kluft zwischen den Anschauungen der Mandatäre des Verfassungsausschusses und der galizischen Resolution, aber die Polen selbst hätten es ja ausgesprochen, daß die Resolution kein Dogma sei, und die tiefste Kluft könne überbrückt werden, wenn von beiden Seiten das Material hiezu mit redlichem Willen und ernstem Bemühen herbeigeschafft werde.“

Die „Tagespresse“ resumirt ihr Urtheil über das Elaborat des Subcomités dahin, daß das Comité es glücklich verstanden habe, zwischen den Forderungen der Landesautonomie und jenen der Reichseinheit die richtige Mitte zu halten; dem Lande Galizien würden werthvolle Zugeständnisse gemacht, mit welchen sich jeder polnische Patriot begnügen könne. Was von den Forderungen der galizischen Resolution nicht bewilligt worden, das könne eben das Reich, wolle es nicht selbst an seinen Existenzbedingungen rütteln, nicht zugestehen. Das genannte Blatt giebt schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß auf der glücklich gefundenen Basis der Ausgleich mit Galizien endlich doch zu Stande kommen werde, und rechnet dabei auf den Patriotismus wie auf die Klugheit beider Parteien.

In ähnlicher Weise sprechen sich auch „Frdbl.“ und „N. Frdbl.“ aus. Das erstere glaubt, daß durch das Subcomité-Elaborat der galizische Ausgleich um ein gutes Stück der Verwirklichung näher gerückt sei. Wenn die polnische Delegation im Reichsrathe wirklich ohne Hintergedanken eine friedliche Verständigung mit der Majorität anstrebe, so müsse sie sich mit den Concessionen zufriedengeben, die auf Grund der Beschlüsse des Subcomités dem Lande Galizien in Aussicht gestellt werden. Galizien erlange, wenn dieses Elaborat zum Gesetze erhoben werde, thatsächlich und rechtlich eine Ausnahmestellung innerhalb des Rahmens der bestehenden Verfassung. Nachdem das genannte Blatt die in dem Subcomité-Elaborate bewilligten Concessionen aufgezählt hat, fährt es folgendermaßen fort: „Die Polen müssen, wenn sie gerecht sein wollen, das Bestreben der Regierung und der Verfassungspartei anerkennen, den Frieden des Reiches selbst mit großen Opfern zu erkaufen. Die Resolution des galizischen Landtages fordert freilich noch viel mehr. Die Polen selbst haben sich aber niemals mit der Hoffnung geschmeichelt, daß diese Resolution je Gesetz werden könnte. Die staatsrechtliche Selbständigkeit, welche die Resolution für Galizien in Anspruch nimmt, kann von keiner österreichischen Regierung gewährt werden.“ Das „Neue Fremdenblatt“ sagt, indem es auf die großen, dem Lande Galizien in dem Subcomité-Elaborate gewährten Concessionen hinweist, daß die Verfassungspartei von dem Vorwurfe, für die Wünsche Galiziens kein Gehör zu haben, nun für alle Zeiten geschützt sei. An aufrichtigem Entgegenkommen und ehrlichem guten Willen habe es auf Seite der Verfassungspartei nicht gefehlt. Es sei nun an den Abgeordneten Galiziens, ein gleiches Entgegenkommen zu bewahren.

Die föderalistischen Organe sind von dem Elaborate des Subcomités dagegen sehr unzufrieden. Das „Vaterland“ findet zwar, daß Galizien in Betreff der Festsetzung der Grundsätze des Unterrichtswesens ein „einigermaßen autonomistisches Zugeständnis“ angeboten werde und auch im Uebrigen die verfassungstrene Partei von ihrem Standpunkte aus die äußerste Grenze des Nachgebens berührt habe; alles dies erklärt das genannte Blatt jedoch einige Zeilen weiter wieder für „nichts“ und spricht die Hoffnung aus, daß die Abgeordneten aus Galizien zwar alles ihnen Gebotene annehmen, aber dann doch keinen Ausgleich schließen würden.

Ähnlich spricht sich der „Wanderer“ aus, nur daß er umgekehrt die Hinterlist auf deutscher Seite vermuthet und eine „hinterwärts erfolgende Rescindirung“ der dem Lande Galizien zugesicherten Concessionen befürchtet, im Uebrigen aber die Abgeordneten aus Galizien aneifert, an der Forderung einer selbständigen verantwortlichen Landesregierung festzuhalten.

Seniellen.

Was thut der Paps?

Ein Correspondent der „Unita nazionale“ schreibt über diese Frage folgendes:

„Pius IX. frohst jetzt von Gesundheit. Er steht regelmäßig zu jeder Jahreszeit um 7 Uhr früh aus dem Bette auf, liebt die heiße Wäsche in einer kleinen neben seinem Schlafzimmer befindlichen, an Sonn- und Feiertagen aber in der Sixtinischen Kapelle. Ein capellano segreto, einfacher Priester mit dem Titel Monsignore, ist sein Ministrant. Um 8 Uhr nimmt er eine Tasse Chocolate zu sich und verläßt sich die Zeit, indem er mit den dienstthuenden geheimen Kämmerern in einem kleinen vor seinem Schlafzimmer befindlichen Salon über Tagesneuigkeiten spricht. Wenn kein Audienztag ist, bespricht er sich mit Cardinal Antonelli über politische Geschäfte; nach diesem beräth er sich mit Cardinal Patrizi über Angelegenheiten der Kirche. Audienztage erteilt Seine Heiligkeit gerne. Pius IX. liebt es, viele Leute um sich zu sehen; er sieht sich so unter seinem alten Hofe, der seiner Zeit der luxuriöseste und achtunggebietendste der Welt — seiner Pracht wegen — war.“

Diese Pracht ist derzeit noch die sonderbarste der Welt, wenn man die mannigfaltige Verschiedenheit der Anzüge, wie die Buntheit der — in erster Linie den Purpur — betrachtet. Der Paps allein ist ganz weiß gekleidet. Die Audienzen dauern gewöhnlich 2—3 Stunden,

je nach dem Range und der Zahl der dabei anwesenden Personen, auch nach seiner Laune. Nach der Audienzertheilung oder Conferenz begibt sich Pius IX. durch die kleine Stiege in die päpstlichen Gärten und promenirt darin bis um 2 Uhr Mittag. Er wird von zwei Gardisten und vom major domus Mr. Pacca begleitet; ihm folgen Mr. Ricci, maestro di camera, zwei geheime Kämmerer und zwei Kämmerer di cappella di spada in barockem mittelalterlichen Costume, kurzen Strümpfen, Schnallenschuhen, blauer Tunica, schwarzen Mantel und schwarzem Hut mit schwarzer Feder.

Präcise 2 Uhr speist Pius IX. im Saale, der sich zwischen der Bibliothek und dem Conversationszimmer befindet; er wird hier von den Herren Spana und Filippini bedient. Kammer-Adjutanten, die ein Honorar von 30 Scudi monatlich beziehen, besorgen das Auftragen der Speisen. Das Mahl ist sehr einfach, sowohl auf Anordnung der Ärzte als nach dem Wunsche des Paps, der durchaus kein Gourmand ist.

Das Mittagmahl besteht aus Suppe, einigen Unzen Rindfleisch oder Braten, einigen in Butter gedünsteten Erdäpfeln und aus einem halben Glase gewöhnlichen römischen Tischweines. Das ganze Mahl kostet 30 Bajocchi. (70 kr. ö. W.) Der Wein wird Tag für Tag bei einem gewissen Sarraceni, Wirth „Zu den drei Kannen“ gekauft, da der Paps keinen Weinkeller besitzt. Von allen Bewohnern des Vaticans hat Pius IX. die wenigsten Bedürfnisse.

Die Ärzte empfehlen ihm Bewegung, um ihn nicht von der Ruhe besiegen zu lassen, sie haben ihm zwei

Spaziergänge täglich vorgeschrieben. Nach dem Mittagmahl hält er eine halbstündige Ruhe, sodann begibt er sich, von seinem gewöhnlichen Gefolge, manchmal auch von Antonelli oder Kanzler, seinem Ex-Kriegsminister, begleitet neuerdings in die Gärten, wo er mehrere Stunden verweilt. Vor Sonnenuntergang kehrt er in seine Gemächer zurück, worin er mit einem geheimen Kaplan sein officium hält; nach diesem liest er seine ihm referirte Post, die aus Briefen von Kaisern, Königen, Präsidenten der Republiken u. s. w. besteht. Solche Briefe mangeln ihm nie; sie kommen ihm aus allen Welttheilen zu, und man will behaupten, es seien ihm bereits manche aus dem Quirinal zugekommen; er erkennt diese sofort und lächelt immer beim Lesen derselben.

Wenn Pius IX. aufgelegt ist, so beantwortet er manchen Brief entweder in lateinischer oder französischer Sprache, die er beide sehr gut kennt; manchmal auch in italienischer Sprache. Oft schreibt er seinem Namen unter Photographien, deren er eine Masse in seinem Studienzimmer hat. Die Schrift ist klein, aber leserlich, sie gleicht einer zarten Damenschrist. Unter seine eigenen Photographien schreibt er immer Pius P. P. IX., manchmal fügt er auch einen Spruch bei. Diese Bilder verschenkt er gewöhnlich an Audienznehmer oder an Personen, die ihn um solche aus fremden Ländern angefragt haben. Die römischen Kunsthandwerker haben seine Nachschrift nachgemacht und verkaufen sie als echte. Nach dem Briefschreiben läßt er sich die Zeitungen von irgend einem Kämmerer vorlesen. Man liest ihm die „Tagesneuigkeiten“ der römischen Blätter, insbesondere jene des „Fanfulla“ vor, und er lächelt immer, wenn

13. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 13. Februar.

(Schluß.)

Dritter Gegenstand der Tagesordnung ist, wie bereits im Donnerstagsblatte mitgeteilt, die Wahl eines Ausschusses von 9 Mitgliedern zur Vorberathung des Antrages der Abg. Knoll und Consorten betreffend die Aufhebung des Legalisirungszwanges.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl zweier Mitglieder in den Staatsgerichtshof. Gewählt wurden Graf Kuenburg und Dr. Kabel.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Finanzausschusses über den Centralrechnungsausschuß für das Jahr 1870.

Der Berichterstatter Dr. Brestel trägt den Bericht vor und bemerkt noch Folgendes: Wenn man die hier gegebenen Daten mit einigen kurzen Daten für das Jahr 1869 vergleicht, so wird man finden, daß das Jahr 1869 in seinem Endresultate ein günstigeres war, was sich dadurch erklärt, daß im Jahre 1869 sowohl die ordentlichen als die außerordentlichen Ausgaben für die gemeinsamen Angelegenheiten, respective für die Armee, bedeutend geringer waren als im Jahre 1870. Im Jahre 1869 haben die Einnahmen einen Ueberschuß ergeben von circa 22 Millionen, während sich für das Jahr 1870 ein Abgang von circa 5 Millionen ergibt. Ich habe geglaubt, dies dem hohen Hause mittheilen zu müssen, weil daraus entnommen werden kann, daß man, wie gut sich auch die Verhältnisse gestalten mögen, doch die Sparjamkeit nicht aus dem Auge lassen darf.

Präsident eröffnet die Debatte und theilt mit, daß in Vertretung der Regierung Sectionschef Moser erschienen ist.

Nachdem in der Debatte niemand das Wort ergreift, wird der Antrag des Finanzausschusses zur Abstimmung gebracht und auch angenommen.

Präsident beantragt, daß die Sitzung geschlossen werde und die nächste Sitzung Freitag, 16. Februar, Vormittags 11 Uhr stattfinden solle.

Hierauf wird die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten geschlossen. Nächste Sitzung Freitag.

Tagesordnung: Zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über die Erneuerung der Hypothekar-Inschriften, sowie die Anmeldung und Umgestaltung von Hypothekarrechten in Dalmatien, eventuell zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Verleihung von Civilbedienstungen an ausgediente Unterofficiere. Bericht des Petitionsausschusses.

Parlamentarisches.

Wien, 14. Februar.

Am 13. d. M. Abends trat der Verfassungsausschuß zu einer Sitzung zusammen, um das Ergebnis der Arbeiten des Subcomitès in Betreff der galizischen Resolution entgegenzunehmen. Das dem Verfassungsausschuße vorgelegte Elaborat haben wir bereits im letzten Mittwochblatte auszugsweise mitgeteilt.

(Abendsitzung.) Nach Eröffnung stellt Abg. Dr. Siska den Antrag, daß vor der Verhandlung über das Elaborat des Subcomitès das Nothwahlgesetz erledigt werde. Abg. Dr. Jhylikiewicz ist dafür, daß man bei der Tagesordnung bleibe. Bei der Abstimmung wird der Antrag Siska angenommen.

Eine Generaldebatte über das Nothwahlgesetz findet nicht statt.

An der Specialdebatte beteiligten sich die Abg. Dr. Siska, Dr. Ritter v. Grocholaki, Dr. Weber,

Graf Coronini, Dr. v. Demel, Dr. Pickert, Freiherr v. Tinti und Dr. Brestel.

Se. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident gibt die bestimmte Erklärung ab, daß die Regierung die möglichst baldige Durchführung der Wahlreform ins Auge fasse und sogleich in Angriff nehmen werde, wenn hierfür eine Zweidrittel-Majorität im Abgeordnetenhause in Aussicht gestellt sein wird.

Es sprechen noch die Minister Freiherr v. Passer und Dr. Unger, dann Abg. Wolfsum, welcher die Bestellung eines Referenten beantragt, Dr. Rechsauer, Dr. Kaiser und Fuz.

Es wird mit großer Majorität beschlossen, einen einzelnen Referenten zu wählen, welcher über die eingebrachten Anträge und den Gesetzentwurf in der nächsten Sitzung Bericht zu erstatten habe.

Das Memorandum der siebenbürgischen Abgeordneten.

„Pesti Naplo“ bringt den Text eines Memorandums, welches eine Fraction siebenbürgischer Abgeordneter Sr. Excellenz dem k. ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Lonyay überreicht hat. Wir theilen nachfolgend die Hauptpunkte dieser Denkschrift mit:

Wenn gleich Siebenbürgen mit Ungarn gesetzlich vereinigt ist, wenn gleich die Union in der Gesetzgebung vollständig, in der Verwaltung und Rechtspflege größtentheils durchgeführt ist, so kann man doch nicht leugnen, daß Siebenbürgen seine speciellen Verhältnisse und Schwierigkeiten habe, die man nur dann auffassen, in denen man sich nur dann zurechtfinden kann, wenn man die besonderen Verhältnisse Siebenbürgens studirt hat.

Durch Jahrhunderte entwickelte sich in Siebenbürgen eine politische Auffassung, ein sociales Leben, die von jenen Ungarns theilweise ganz verschieden sind, und durch Jahrhunderte bildete sich unter diesem Einflusse ein eigenartiger, vielentwickelter innerer Organismus. Es gibt keine menschliche Kraft und Macht, welche gewisse Verhältnisse auf einmal vernichten könnte, die Berücksichtigung und Respectirung derselben aber wird durch die Union nicht verhindert, im Gegentheil durch die politische Raison gefordert.

Es ist nicht unseres Berufes, die Wahrheit zu bemänteln, vielmehr ist es unsere Pflicht, offen zu sprechen. Die ungarische Regierung hat Siebenbürgen zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Wir hatten die Union, die gemeinschaftliche freie Legislatur, die parlamentarische ungarische Regierung, wir hatten freien Raum für eine schönere Zukunft, ein neues Leben. Die Enttäuschung war jedoch für Siebenbürgen eine tiefe. Von Tag zu Tag erfuhr es mehr, daß Sonderinteressen nicht berücksichtigt, seine Verhältnisse mißverstanden werden.

Seine Abgeordneten kamen fortwährend in die unangenehmste Lage. Sie waren größtentheils unerschütterliche Anhänger des Ausgleichs und fühlten es sogleich als ihre Pflicht, die Regierung zu unterstützen, die ein so großes Verdienst um dessen Zustandbringen hat. In den heikelsten Fragen gab fast immer Siebenbürgen der Regierung die Majorität.

Und die Siebenbürger gaben mit schwerem Herzen zwar, aber vollkommen ihrer Handlung bewußt, zu, daß Siebenbürgens wichtigste Specialinteressen in den Hintergrund gedrängt werden; denn sie wußten, daß die Sache des gemeinsamen Vaterlandes, des Ausgleiches höher stehe, und die siebenbürgischen Abgeordneten verbündeten sich nicht mit der Linken, als sie die niederschlagenden Schritte der Regierung ihnen gegenüber sahen, sie griffen die Regierung nicht an, als sie deren Verschämnisse Siebenbürgen gegenüber erfuhren, denn

sie waren davon überzeugt, daß der Sieg der Linken die Ausgleichsbasis gefährde, mit dieser aber auch die Union, so daß Alles auf dem Spiel stünde. Sie hatten also nicht die Wahl zwischen dem Guten und Besseren, sondern zwischen dem Guten und Schlimmen. Die Wahl war schmerzlich, aber sie konnte nicht schwer sein.

Wir wenden uns jedoch nicht an Euer Excellenz, um zu recriminiren, sondern um zu bessern. In der Veränderung des Minister-Präsidiums sehen wir die Möglichkeit und finden wir die Hoffnung, daß die Regierung Siebenbürgen gegenüber einen anderen Weg betreten wird. Wir erwarten dies von Euer Excellenz und darum wenden wir uns an dieselbe mit der Aufzählung jener brennenden Bedürfnisse, welche eine richtige Verfügung sofort und ohne Aufschub erheischen. Und zwar sind sie fast alle solcher Natur, daß sie keine Verfügung der Gesetzgebung nöthig machen: es ist hier nicht nöthig, zu neuen Theorien oder tiefen staatswissenschaftlichen Untersuchungen die Zuflucht zu nehmen. Fast alle diese Bedürfnisse erheischen nur ein energisches, billiges und gerechtes Vorgehen auf dem Gebiete der Verwaltung und Rechtspflege. Wir haben eher Thatskraft, Organisationstalent, als wissenschaftliche Forschungen nöthig.

Und nun zählt das Memorandum die Punkte auf, welche eine schnelle Verfügung der Regierung nöthig machen.

Rasche Abwicklung der Urbarial-Entschädigung, Abschütteln der Urbarial-Verhältnisse, Commassation Grundbucheinführung, Hebung des Montanwesens, Ordnung des Königsbodens, Entwicklung der Verkehrsmittel, Anstellung von Beamten, welche die siebenbürgischen Verhältnisse kennen, Errichtung der Klausenburger Universität. Das Memorandum stellt den Stand all dieser Angelegenheiten detaillirt vor, schildert das Uebel und gibt das Mittel zur Abhilfe an.

Die Schlußzeilen des Schriftstückes heben hervor, daß, wenn diesen Uebeln Abhilfe wird, das heißt, wenn hinsichtlich der aufgezählten Angelegenheiten beruhigende Verfügungen getroffen werden, berechtigte Aussicht vorhanden ist, daß in Siebenbürgen auch solche Bestrebungen, welche auf die Erschütterung des Ausgleiches gerichtet sind, in den Hintergrund gedrängt werden.

Politische Uebersicht.

Kaisbach, 15. Februar.

Der „P. N.“ constatirt, daß man in den diplomatischen Kreisen Wiens und so auch in unserem auswärtigen Amte die Besürchtungen, welche die öffentliche Meinung und namentlich der Geldmarkt an die Alabama-Frage knüpft, keineswegs theilt, vielmehr der Zuversicht lebe, daß dieser Zwischenfall, weit entfernt, eine Störung des europäischen Friedens im Gefolge zu haben, aus dem Rahmen, in den er durch die Einsetzung des Schiedsgerichtes gefügt wurde, nicht heraustreten und keine solche Gestaltung annehmen werde, die ein Dazwischentreten der Diplomatie nöthig machen würde. Freilich fehle es nicht an Stimmen, welche einen solchen Ausweg nicht ohne ein Zurückweisen Englands für möglich halten.

Bester Blätter melden, daß Graf Lonyay von Sr. Majestät dem Kaiser in Wien in anderthalbständiger Audienz empfangen wurde; er legte die bereits votirten Gesetze zur Sanction vor und holte die allerhöchste Genehmigung zur Vorlage anderer an den Reichstag ein. Bezüglich der serbischen Frage billigte nach dem „Bester Lloyd“ der Monarch die bisherigen und demnächst zu unternehmenden Schritte; über die croatische Frage erstattete Lonyay einen ausführ-

dieses Blatt die italienische Regierung oder das römische Municipium geißelt. Er ist dem Municipium feindlich gestimmt, indem er sagt, „daß dieses nicht im Stande sei, etwas zu thun.“ Man liest ihm dann die „Perseveranza“, die „Nazione“, so wie die clericalen „Voce della Verità“, redigirt von Monsignore Rardi, „Osservatore romano“, „Unità cattolica“, „Armonia“ und das durch die Postdebitenzahlung in Oesterreich wohlbekannte Witzblatt „Frusia“ vor.

Während der Kammerer liest, macht der Papst seine Betrachtungen, die sich gewöhnlich immer gleich bleiben; er kritisiert das Gelesene, ohne aber um die Gediegenheit der Kritik sich viel zu kümmern; er liebt es Epigramme und Wortspiele zum Besten zu geben, weil er weiß, daß solche von seinen Hofleuten nachgesagt werden. Spricht er über manchen italienischen Politiker, so thut er es nicht ohne Ironie. Er lobt Ricasoli als guten Katholiken, nennt Minghetti den guten Minghetti; er lächelt oft, wenn er sich an das Jahr 1848 erinnert; er meint, „Peruzzi wäre ein tüchtiger sindaco (Bürgermeister), obwohl kein guter Katholik“, daß die italienischen Staatsmänner sehr übel thaten nach Rom zu kommen, um ihn, der alt sei und nicht mehr lange zu leben habe, zu belästigen, dort die Kirchengüter nehmen, Nonnen und Mönche verfolgen; „sie hätten dies für meinen Nachfolger sparen sollen“, — seufzt er oft.

Einen einzigen unter seinen „Feinden“ schätzt er wahrlich und erlaubt nicht, daß man in seiner Gegenwart von selbst unanständig spricht; dieser Mann ist — der König. Der Papst sagt: „Der König ist der

einzigste Mann in Italien, der gut bei Sinnen ist.“ Er sagt: „Der König will im Quirinal nicht verbleiben, er wäre froh, aus diesem herauszukommen.“ In Betreff dieses erzählt man sich in Rom eine Anekdote: „Als man eben verhandelte die Civilliste mit Castel Porziano und mit der Villa Ludovisi zu dotiren, ersteres Eigenthum des Marquis Graziosi, die zweite des Fürsten Piombino, begaben sich die zwei Besitzer zum Papste, um nachzufragen, ob er den Verkauf genehmige und erlaube. „Gebt sie gleich,“ antwortete Pius IX., „seht Ihr nicht, daß Vittorio nicht mehr im Quirinal verbleiben will!“

Die Lectüre endet gewöhnlich um 10 Uhr Abends, wo der Papst das Abendessen einnimmt; dieses besteht aus einer Suppe, etwas gekochtem Salat und einem halben Glase Wein; sodann verabschiedet er Alle, indem er sie segnet, und begibt sich in sein Schlafgemach; seine Kammeradjutanten begleiten ihn; diese schlafen in einem Zimmer neben jenem des Papstes, um auf jeden Ruf bereit zu sein. Diese Kammeradjutanten sind Leute, die sein volles Vertrauen genießen; unter diesen ist auch einer, der schon unter Pius IX. im Dienste stand, als dieser noch Erzbischof in Spoleto war. Die Adjutanten helfen dem Papste sich entkleiden, wenn er sich zu Bette begibt. Der cappellano maggiore überbringt ihm das Breviarium und bevor der Papst sich entkleidet, ertheilt er die Befehle für den folgenden Tag.

Das Schlafzimmer des Papstes ist sehr einfach, ein Vorhang aus rothem Atlas bedeckt das Bett, ein kleiner Spiegel und einige Lehnstühle machen das ganze

Mobilier aus. In seinem Schlafzimmer befindet sich kein einziger Teppich, die Pius IX. überhaupt nicht leiden kann. In der Schlafkammer befindet sich noch ein kleines Oratorium mit einem Crucifix.

Das ganze Bedienungspersonale im Vatican trägt keinen Bart, außer die „geheimen Auskehrer“ (scopatori segreti), denen nach Mentana bewilligt wurde, Schnurr- und Knebelbart zu tragen. Im Schlafzimmer des Papstes befindet sich eine geheime Thür, die in die Wohnung des Staatssecretärs Cardinal Antonelli führt. Gibt es wichtige Geschäfte zu verhandeln, so begibt sich letzterer aus seiner Wohnung in jene des Papstes und dort, ohne von Jemandem gesehen und gehört zu werden, wird bis in die späteste Nacht conversirt.

Der Vatican ist eine Stadt. Er besteht aus 50 verschiedenen Gebäuden, 14 inneren Hofräumen und 12.000 Zimmern; es sind 3000 Personen, die ihn bewohnen. Vor dem 20. September waren es nicht so viele, aber nach der Besetzung Roms seitens der königlichen Truppen ist die Zahl eine so namhafte geworden.

Im Vatican ist sonst seit dem 20. September alles beim Alten geblieben. Die Aemter sind die gleichen, die Minister die gleichen. Staatssecretär ist Cardinal Antonelli, Minister des Innern Msgr. Negroni, Polizeiminister Msgr. Rardi, Kriegsminister General Kanzler, Finanzminister Msgr. Ferrari ist gestorben, und der sehr reiche Msgr. Berardi, Handelsminister, hat mit seinen Millionen den Vatican und den Ministerposten verlassen.

lichen Vortrag. Die Action beginnt mit Personal-Veränderungen; Bedevic's resignirte, seine Resignation wurde angenommen und ein Provisorium tüchtiger Verwaltungsmänner beginnt mit fester Hand die Zügel zu führen, soll aber politisch keine künstliche Combination präjudiciren. Bezüglich der Banfrage fanden Bourparlers mit dem österreichischen Finanzminister und den Leitern der Nationalbank statt, die zur allgemeinen Orientirung über Ansichten und Absichten dienten.

Die Schlußberathung des Schulaufsichtsgesetzes im preussischen Abgeordnetenhause war eine erregte. Die Regierung ist der Opposition scharf entgegengetreten. Der Kultusminister Falk erklärte: „Die Regierung habe allerdings die Absicht, die evangelischen Geistlichen in den Schulinspectoratstellen zu lassen, weil dieselben sich bisher keine Uebergriffe herausgenommen; sollten im Gebiete der evangelischen Kirche ähnliche Conflicte ausbrechen wie im katholischen Lager, so werde die Regierung ohne Bedenken die Spitze des Gesetzes auch gegen die evangelischen Geistlichen lehnen.“ — Fürst Bismarck drückt seine Verwunderung aus, daß die conservative Partei die Regierung in dieser Frage nicht unterstütze. Die Regierung werde zu der Annahme des Gesetzes jedes constitutionelle Mittel in Anwendung bringen. „Es ist eine in der letzten Zeit öfter nachgewiesene Thatsache, daß Clerus und Reichsfeinde sich stets zusammensinden, im Osten wie im Westen. Hier kämpft er für den Particularismus, dort für die unterdrückte slavische Nationalität. Das Letztere ist begreiflich, denn deutsche Bildung und Wissenschaft sind den Herren gründlich verhaßt, weil es die gefährlichsten Feinde Roms sind. Und darum wird die katholische Geistlichkeit in dem Kampfe zwischen Slaventhum und Deutschthum immer auf Seite des ersteren stehen. Daß aber die katholische Geistlichkeit in Deutschland reichsfeindlich ist, das ist eben der Beweis, wie nothwendig es ist, dem Ultramontanismus entgegen zu treten. Leuten, deren Vaterland der Vatican ist, kann man den bisherigen Einfluß in der Schule aus nationalen Gründen nicht lassen. Das scheint man im Schoße der Berliner Regierung endlich eingesehen zu haben. „Die Ueberzeugung ist durchgedrungen“, schreibt die „Nationalzeitung“, daß die alten Wege verlassen werden müssen. Dieser Entschluß deutet an, daß die Gefahr groß ist und für groß gehalten wird.“

Die Einführung des Reichsgesetzes über die Verpflichtung der Elsäßer zum Kriegsdienst steht nahe bevor. Die „Elsässer Correspondenz“ fügt der betreffenden Kundmachung folgende beschwichtigende Bemerkung bei: „In Deutschland ist die Arme eine Schule der Männer. Die Gesetzgebung zielt darauf hin, alle Schichten der Nation, ohne Ausnahme, durch diese Schule hindurchgehen zu lassen. Die Elsäßer und Voßringer sind Angehörige der Nation und deshalb sollen sie Theil nehmen an allen Institutionen derselben. Wer aber ein Glied der deutschen Nation nicht sein will, für den ist durch die Option Gelegenheit gegeben, sich den mit dieser Mitgliedschaft verbundenen Pflichten zu entziehen. In dieser Schule lernt man nicht nur die Waffen tragen, man lernt auch die neuen Volksgenossen und ihre Einrichtungen kennen, man schleift nirgends wirksamer die Vorurtheile ab, welche die Deutschen als „dumme Schwaben“ und die allgemeine Wehrpflicht als ein schreckliches Gespenst erscheinen lassen. Und gerade des wirksamsten Mittels, um die Köpfe zu klären, die Gemüther zu gewinnen, sollte man sich entschlagen?“

Nachrichten aus Versailles bestätigen, daß das linke Centrum über mehrere constitutionelle Projecte berathschlagt, namentlich über die theilweise Erneue-

rung der Nationalversammlung, die Gründung einer zweiten Kammer und die Präsidentschaft Thiers' auf Lebensdauer, daß es aber vor dem Monate April keinen Antrag in der Kammer einbringen werde. In officiellen Kreisen erklärt man, daß die Regierung nie aufgehört habe, über die Mittel nachzudenken, um die Befreiung des französischen Gebietes von der Occupation zu beschleunigen, daß sie aber in ersprießlicher Weise die formellen Verhandlungen hierüber erst nach der Bezahlung der vierten halben Milliarde werde eröffnen können. — Das „Journal des Debats“ meldet, daß die Finanz-Subcommission den Beschluß faßte, das Soubeyran'sche Finanzproject zu verlagern, da ihr angezeigt wurde, daß die Regierung mit Deutschland directe Verhandlungen wegen der Abtragung der drei Milliarden eingeleitet.

Die radicale Partei in der Walachei organisirt im Lande Judenkrawalle, um die Regierung in Verlegenheit zu stürzen. In Cahul sind 70 Juden todgeschlagen und 35 verwundet worden. Militär wurde dahin beordert. Die Regierung hat mit großer Energie alle Maßregeln getroffen, um die Urheber der Juden-krawalle in der Moldau zu ermitteln und zu bestrafen.

Der „P. N.“ schreibt über die plötzliche Demissionirung Mustafa Fazyl Pascha's: Mustafa Fazyl hat es lediglich seinem persönlichen Auftreten und allerlei Intriguen, die er anzettelte, die aber noch rechtzeitig durchschaut wurden, zuzuschreiben, wenn ihn ein Schicksal erreichte, das im Vergleich zu dem, welchem er mit knapper Noth entging, noch ein mildes genannt werden kann. Aehnliche Gründe waren es, die den Wechsel in der Leitung des Kriegsministeriums herbeiführten. Ein Telegramm aus Calcutta meldet: Ein Beweggrund, welcher die Ermordung des Vizekönigs von Indien veranlaßt haben konnte, ist noch nicht ermittelt worden; man hält den Mord für einen Act des Fanatismus. Das Ereigniß hat in Bombay eine große Aufregung verursacht.

Die Erörterung über das Mißverständnis in der Alabama-Frage zieht sich in die Länge, und wenn man von Tag zu Tage die Berichte über die Aeußerungen der Presse jenseits des Oceans durchgeht und sie mit den Stimmen der öffentlichen Meinung in England zusammenhält, so wird die Wahrscheinlichkeit, daß vor dem Genfer Schiedsgerichte eine freundschaftliche Lösung dieser so lange schon schwebenden Angelegenheit zu erzielen sei, auf das allergeringste Maß beschränkt. Augenblicklich ist die Besorgniß vor kriegerischen Entwicklungen, welche sich in den letzten Tagen verschiedentlich des Börsenpublicums bemächtigte, wieder einigermaßen beruhigt, aber die Stimmung bleibt gedrückt. Die verschiedenen Blätter, welche sich über die Angelegenheit äußern, haben der Mehrzahl nach alle Hoffnung aufgegeben, daß sich ein Mittelweg zur Einigung über die streitigen indirecten Ansprüche finden lasse.

Tagesneuigkeiten.

Das neue Grundbuchgesetz

vom 25. Juli 1871, gültig für alle im österreichischen Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, tritt heute, den 16. Februar 1872 in Wirksamkeit. Das neue Grundbuchgesetz führt wohl nicht neue bürgerliche Rechte in Oesterreich ein, aber es ändert und regelt das bestehende Tabularverfahren und hat einen einheitlichen Vorgang im Auge.

Seit dem Jahre 1824 bis 30. Juni 1871, mithin durch mehr als vierzig und sieben Jahre, wurde an einem neuen Grundbuchgesetze gearbeitet. Die Auflage neuer auf Grundlage oft fünfhundert Jahre alter Grundbücher wurde bereits vor einem halben Jahrhundert für nothwendig erkannt. Es wurden zu wiederholtenmalen Formulare zur Anlage neuer, praktischer, den Besitz- und Lastenstand enthaltender Grundbücher entworfen und wieder verworfen. Endlich wurde durch die neuen gesetzgebenden drei Factoren ein neues Gesetz geschaffen und diesem am 25. Juli 1871 die Allerhöchste Sanction ertheilt.

Es wurden bereits Stimmen laut, welche behaupten wollen, daß den Principien einer eminenten Grundbuchordnung in dem neuen Gesetze nicht immer Rechnung getragen, insbesondere das Publicitäts- und Prioritätsprincip einigermaßen geschädigt worden sei; zugegeben jedoch wird, daß durch das neue Gesetz große und formale Mängel der alten Zeit beseitigt werden.

Die Erfahrung muß es erst nachweisen, ob durch die Aufhebung der grundbücherlichen Vormerkung (Pränotation) von Pfandrechten aus Wechseln, Geschäftsbüchern, Schuldscheinen u. s. w. in Fällen, wo die formelle Eiverleibungsbewilligung von Seite des belasteten Theiles — die Pfandbestellung — mangelt, der Gläubiger wirklich einen Schaden erleidet. Gewiß ist es, daß das neue Grundbuchgesetz die Schuldner vor willkürlichen, oft leidenschaftlichen und unberechtigten Schritten der Gläubiger schützt.

Hat das neue Gesetz Mängel, so wird es Aufgabe der Reichsgesetzgebung sein, dieselben nach den Bedürfnissen und Verhältnissen zu ändern; jedenfalls aber ist das neue Gesetz als ein Fortschritt auf der Bahn der Legislation freundlichst zu begrüßen.

— Sr. k. Hoheit der Herr Erzherzog Kronprinz Rudolf sind in Ofen an Nüßeln leicht erkrankt. Das Befinden ist befriedigend.

— (Der Gouverneur von Dalmatien), Baron Rodich, wurde am 12. d., wie der „Banderer“ meldet, nach den allgemeinen Audienzen von Sr. Majestät dem Kaiser in besonderer Audienz empfangen. Dieselbe währte an drei Viertelstunden, da sich der Kaiser genaue- ren Bericht über die Verhältnisse und Zustände in Dalmatien erstatten ließ. Wie es heißt, sollen schon in der nächsten Zeit einige Personal-Änderungen in der Administration Dalmatiens eintreten.

— (Verbrannt.) Aus St. Pölten, 12. Februar, wird dem „N. Fremdenblatt“ geschrieben: Vorgestern, Samstag, ereignete sich zwischen Seitenstätten und Liesbach ein gräßlicher Unglücksfall. Der Federhändler Gustav Dizner fuhr in Begleitung seines 16jährigen Sohnes auf den Markt, und Beide schliefen, Ersterer mit der glimmenden Cigarre im Munde, ein. Plötzlich bemerkte der Kutscher einen Brandgeruch, durch den Ruf: „Feuer!“ er wachten die Schläfer und sprangen mit den bereits glimmenden Kleidern aus dem Wagen. Durch den Lustzug wurden die Flammen angefaßt, der Kutscher riß Beide die brennenden Kleider vom Leibe und suchte die Unglücklichen mit Schnee und Eis zu bedecken. Trotz aller Hilfe erlitten Beide so bedeutende Brandwunden, daß sie noch in der Nacht verschied.

— (Günstige Gelegenheit zum Bücherkauf.) Um einem mehrfach ausgesprochenen Wunsche zu entsprechen, wird die Bücherversteigerung in der Joanneumbibliothek zu Graz Montag 19. d. M. beginnen und täglich von 10 bis 1 Vormittags fortgesetzt werden.

— (Der Carneval in Paris) ist ganz unbeachtet vorübergegangen; in den Straßen waren keine Masken sichtbar. Viele Arbeiter zogen es vor, in ihren Werkstätten zu bleiben und den entfallenden Lohn für die Gebietsbefreiung zu widmen.

— (Unter den türkischen Telegraphenbeamten) in Constantinopel ist wegen Reducirung ihrer Gehalte ein Strike ausgebrochen.

Locales.

Aus der Gemeinderathssitzung

vom 15. Februar.

Gegenwärtig die Herren: Bürgermeister Deschmann als Vorsitzender, 22 Gemeinderäthe, der Magistratssecretär als Schriftführer.

Berathungsgegenstände;

1. Der Schriftführer verliest das letzte Gemeinderathssitzungs-Protokoll vom 23. v. M. — Dasselbe wird verificirt.

2. Der Vorsitzende theilt die wichtigen Geschäftseinläufe mit: a) Die Intimation in Betreff der nicht sanctionirten kraner Schulgesetze; b) die Intimation in Betreff der Ratification der Verpachtung der Verzehrungssteuergelände bis Ende December 1874. Der Gemeinbezugsplags-antheil jährlicher 47.857 fl. wird in monatlichen Raten der Stadtkasse zugeführt werden; c) die Resignation des G. R. Johann Winkler. Diese wird in Erwägung des andauernden Krankheitszustandes angenommen und demselben ob seines Ausscheidens aus dem Gemeinderathe das Bedauern der Gemeinde ausgedrückt.

3. G. R. Dr. Schaffer's Antrag, es sei in der Erwägung, als die Regierung derzeit der Einführung directer Reichsrathswahlen günstig ist und ein großer Theil deutscher Gemeinden bereits dieserwegen petitionirt hat; in der weiteren Erwägung, als gerade das Kronland Krain, beziehungsweise die Landeshauptstadt Laibach derzeit im Reichsrathe eine dem constitutionellen verfassungsmäßigen Principe feindliche Vertretung findet; in der Erwägung endlich, als gerade die Hauptstadt Laibach sich des von Seite des Landtages ausgeübten Druckes entledigen sollte und müsse, — eine Petition an das Abgeordnetenhause des hohen Reichsrathes um Einführung directer Reichsrathswahlen zu richten, wird mit Beifall einstimmig angenommen und dem Herrn Bürgermeister die Verfassung und Expedition dieser Petition übertragen.

4. Ueber Antrag des G. R. Dr. v. Kaltenegger wird zur Vorberathung eines die Militärbequartierung betreffenden Gegenstandes ein fünfgliedriges Comité gewählt.

Nun wird zur Tagesordnung geschritten.

5. In Betreff des gräßlich Stubenberg'schen Legates wird der Vergleich genehmigt, wonach Josef Kordin den Barbetrag von 3500 fl. sammt den hieron vom 13ten Juni 1869 laufenden 5pct. Zinsen bei der hiesigen Stadtkasse nunmehr einzuzahlen hat.

6. Obwohl die Stadtgemeinde Laibach hiezu nicht verpflichtet wäre, wird doch genehmigt, daß mit Rücksicht auf die geringe Biffer per 29 fl. 25 kr. dieser Betrag als Beitrag zur Herstellung der Brücke nächst der Rosler'schen Ziegelhütte aus der Stadtkasse ausbezahlt, unter Einem aber die Rechtsverwahrung ausgebrückt werde.

7. In der Erwägung, als im Jahre 1872 ein Abgang von 25.287 fl. im Gemeindebudget zu decken sein wird; in der weiteren Erwägung, als die Schulauslagen alljährlich eine Steigerung, die Gemeindegelände aber eine Schwämmerung erfahren; in der Erwägung ferner, als der vorirte Schulbau einen Geldaufwand von mindestens 55.000 fl. in Anspruch nehmen wird; in der Erwägung schließlich, als die Deckung dieser Erfordernisse durch Er-

De Merode, Großalmosenier, steht an der Spitze der Opposition, haßt und höhnt Antonelli, der, nicht so feurig als ersterer, doch aus vollem Herzen Haß und Hohn ihm, dem Feinde erwiedert. Der Merode'schen Partei gehören alle fanatischen Welsen, Ultramontanen und Jesuiten, Cardinal Patrizzi, General Kanzler, Msgr. Randi, Msgr. Nardi und alle Radicales an, mit dem gemüthlicheren Antonelli halten alle Gemäßigten, die einer Versöhnung zwischen Kirche und Staat nicht ungeneigt wären, unter anderen die Monsignori Berardi, Luca, Silvestri, di Pietro, Clarelli. Organ der ersteren ist die „Unità cattolica“, der zweiten „Armonia.“

De Merode, ein heftiger Charakter, dem der Papst die vor zwei Jahren glückliche Negozirung eines 56 Millionen-Anlehens verdankt, drängt immer, daß Pius IX. Rom verlassen möge. Der Papst weiß nicht, wie er sich von ihm befreien könnte; er behauptet, von Rom, da er schon zu alt sei, sich nicht entfernen zu können. Er sagt oft: „Kurze Zeit bleibt mir noch zum Leben, ich habe mir nichts vorzuwerfen; ich hoffe, mein Nachfolger wird der Kirche den Frieden wiedergeben, weil diese triumphiren muß!“

Der Papst ist übrigens ein guter, freundlicher alter Herr, er fürchtet sich, das Geschehene in Italien anzuerkennen, um keine Sünde zu begehen und um den bei seiner Thronbesteigung geleisteten Schwur, „die Staaten der Kirche zu erhalten,“ nicht zu brechen.

So vergehen die letzten Jahre des Lebens eines Mannes, der in Rom ein Vierteljahrhundert geherrscht hat.

höhung der Gemeindezuschläge oder Zinskreuzer zu drückend wäre, wird über Antrag der Finanzsection durch H. Dr. Suppan einstimmig genehmigt, daß die Stadt Laibach (ähnlich wie in Innsbruck) ein 5percentiges Lotterjeanlehen in der Höhe von 1 1/2 Million Gulden aufnehme und ohne Verzug von Seite des Bürgermeisteramtes die nöthigen Vorarbeiten in Angriff genommen werden sollen.

8. Der Musikpavillon in der Sternallee wird in der Erwägung, als derselbe einem gemeinnützigen Zwecke dient, an dem alle Bewohner Laibachs Theil nehmen können, in die Reihe der von der Stadtgemeinde zu erhaltenden Gebäude aufgenommen.

9. Der Antrag zur Einlösung eines Theiles des Sacnik'schen Hauses im Betrage von 5200 fl. wird nach dem Gutachten der Bausection abgelehnt.

10. Die Rechnung über Bauholzlieferungen in der Zeit vom August bis Ende December 1871 wird genehmigt und der Betrag per 610 fl. 28 kr. bei der Stadtkasse zur Auszahlung angewiesen.

11. Die Rechnung über die Canal- und Muldenherstellung im Ruzthäl wird mit Rücksicht auf das nicht eingehaltene Präliminare von 171 fl. 60 kr. auf 140 fl. reducirt und letzterer Betrag zur Auszahlung an der städtischen Kasse bedingungsweise angewiesen.

12. Die Rechnung über Herstellungskosten der Abhalmungs-Anstalt wird genehmigt und die Auszahlung derselben vorbehaltlich der Cautionsbeträge angewiesen.

13. Wegen Beistellung des Deckmaterials zur Conservirung der Straßen im Jahre 1872 wird der Betrag von 3729 fl. 10 kr. genehmigt.

14. Ueber neuerliche Petition mehrerer Stadt-Bewohner wird nach Antrag der Polizei-Section die Wiedereinführung des Verkaufs-Verbotes für Victualienhändler, Greißler, Vorstendiebhändler u. a. auf den Laibacher Wochenmärkten bis elf Uhr Vormittags versuchsweise auf ein Jahr genehmigt, dagegen die Petition um Wiedereinführung der Brotsatzung abgelehnt, indem in jedem Brotverkaufsorte der Preistarif und eine Brotwaage vorhanden sein soll, damit sich das Publicum vor Uebervorteilung schützen könne.

15. Die mit 28 Gemeinden des Steuerbezirktes Umgebung Laibach getroffene Vereinbarung wegen Mitbenützung der städtischen Cimentirungsanstalt, wornach diese 28 Gemeinden für Abnutzung der Cimentirungsapparate einen Gesammtpauschalbeitrag von jährlich 100 fl. in die städtische Kasse einzuzahlen und die Gebühren an den Cimentirer von Fall zu Fall zu entrichten haben werden, wird genehmigt.

Nach erschöpfter Tagesordnung wird die Sitzung geschlossen.

(Die Ausstellungs- Landescommission) für Krain mit dem Amtssitze in Laibach ist bereits eingesetzt, deren Präsidium und Mitglieder sind bereits ernannt worden. Unser morgiges Blatt wird die Allerhöchste kaiserliche Entschliezung, das Mitgliederverzeichnis und den Erlaß der General-Direction der Wiener Weltausstellung veröffentlichen.

(Verfahren gegen renitente Militärlastpflichtige.) Das k. und k. österr. Landesverteidigungs-Ministerium hat den k. k. pol. Landesbehörden bedeutet, daß gegen renitente Stellungspflichtige, die sich in Staaten des Auslandes befinden, mit welchen ein Cartell wegen Auslieferung solcher Renitenten nicht besteht, in gegebenen Fällen, namentlich auch dann, wenn sie ohne Nachweisung der Legalität ihrer Abwesenheit im Auslande um die Enthebung von dem persönlichen Erscheinen vor der Stellungs-Commission, nach § 77 der Instruction zum Wehrgeetze einschreiten, derart vorzugehen ist, daß solche Stellungspflichtige im schriftlichen Wege zur Rechtfertigung wegen des Versäumnisses ihrer Stellungspflicht zu verhalten sind und es sodin der politischen Ergänzungsbehörde obliegt, auf Grund solcher Rechtfertigungen zu erkennen, ob das Versäumnis als gerechtfertigt anzusehen sei oder nicht, d. i.

sie hat das Erkenntnis im Sinne des § 46 des Wehrgeetzes zu schöpfen.

(Die Productionen des Physikers L. Samon) und Mrs. Elise Samon werden heute im Casino-Glaskalon beginnen.

(Die nicht ärarische Postbediensteten) in Krain und Küstenland werden am 9. März l. J. in Laibach eine Generalversammlung abhalten. Dem Vernehmen nach soll der glänzende Erfolg, auf welchen die Postmeistervereine in Böhmen, Mähren und Schlesien hinweisen können, Anlaß geben, daß auch der „Postbeamtenstag“ in Laibach recht zahlreich besucht werden wird.

(Aus dem Amtsblatt.) Ein Jakob Schellenburg'scher Stiftsplatz mit 49 fl. 94 kr. ist zu vergeben.

Verschiedene aus einer Diebstahlsuntersuchung herrührende Effecten erliegen beim Kreisgerichte zu Rudolfswerth, worauf die Eigenthumsansprüche binnen Jahresfrist geltend zu machen sind. — Rundmachung des Stadtmagistrates wegen Einhebung der Hundtaxe. — Eine Anzahl Auscultantenstellen sind im Grazer Oberlandesgerichtsprängel zu besetzen. Bewerbungen bis 12. März an das Präsidium dieses Gerichtshofes.

(Theaterbericht.) Das Benefiz der Operettensängerin Fräulein Cäcilia Eberhardt ist glänzend ausgefallen. Möge die jugendliche Sängerin einen Theil des gestrigen großen materiellen Erfolges auf Rechnung des heimathlichen Bodens schreiben und den gestrigen Beweis der Theilnahme des vollen Hauses als Sporn zur anzustrebenden vollkommenen Ausbildung ihrer Gesangsanlagen ansehen. Wir loben die Wahl des uns gestern Gebotenen. In dem Lustspiele „Französisch“ von Görner standen sämtliche Darsteller, Fräulein Krügel (Caroline) Fräulein Langhof (Rose) und Herr Traut (Alexis) auf gleicher Höhe. Das feine Lustspiel lief schnell und frisch vom Stapel; alle drei wurden beifällig gerufen. — Die Fosse „der Nord in der Koblmeßergasse“ erschütterte das Zwerchfell des Publicums. Die Herren Schlesinger (Unbekannter) und Schulz (Thraunthaler) waren urkomisch, ja mehr als komisch. Fräulein Langhof war die dritte im Bunde. Thraunthaler und der Unbekannte wurden gerufen. — „Die Hochzeit beim Laternenschein“ ist bereits eine der alten Offenbach'schen Operetten geworden. Der Reiz der Neuheit fehlte, obgleich Herr Löcz (Pierre) Frau Paulmann (Fanchette) und Fräulein Pichon (Catharina) — die genannten Damen wurden beifällig hervorgehoben — bemüht waren, den erlöschenden Laternenschein zu erhellern. Fräulein Eberhardt (Denise) war minder beschäftigt. Wir hoffen, die Direction werde Fräulein Eberhardt im Verlaufe der Fastensaison mehr beschäftigen, als es bisher der Fall war.

Milde Gaben für die Nothleidenden des Bezirkes Rudolfswerth: Von Herrn Trigler, Oberlieutenant in Graz 5 fl.

Eingefendet.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten, Revalesciere Du Barry von London.

Die delicate Heilmahrung Revalesciere du Barry beseitigt alle Krankheiten, die der Medicin widerstehen; nämlich Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberculose, Diarrhöen, Schwindel, Asthma, Husten. Unverdaulichkeit, Verstopfung, Fieber, Schwindel, Blutandrängen, Ohrenrauschen, Uebelkeit und Erbrechen selbst in der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Weichsucht. — Auszug aus 72.000 Certificaten über Genesungen, die aller Medicin getrotzt: Certificat Nr. 68471.

Pranetto (bei Mondovi), den 26. October 1869. Mein Herr! Ich kann Sie versichern, daß seit ich von der wundervollen Revalesciere du Barry Gebrauch machte, das heißt seit zwei Jahren, fühle ich die Beschwerlichkeiten meines Alters nicht mehr, noch die Last meiner 84 Jahre. Meine Beine sind wieder schlank geworden; mein Gesicht ist so gut, daß ich keiner Brille bedarf; mein Magen ist stark, als wäre ich 30 Jahre alt. Kurz, ich fühle mich verjüngt; ich predige, ich höre Beichte, ich

besuche Kranke, ich mache ziemlich lange Reisen zu Fuß, ich fühle meinen Verstand klar und mein Gedächtnis frisch. Ich erlaube Sie, diese Erklärung zu veröffentlichen, wo und wie Sie es wünschen. Ihr ganz ergebener

Abbe Peter Castelli, Bach.-es-Theol. und Pfarrer zu Brinetto, Kreis Mondovi. Nahhafter als Fleisch, erspart die Revalesciere bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien. In Blechbüchsen von 1 Pfund fl. 1.50, 1 Pfund fl. 2.50, 2 Pfund fl. 4.50, 5 Pfund fl. 10, 12 Pfund fl. 20, 24 Pfund fl. 36. Revalesciere Chocolade in Pulver und in Tabletten für 12 Tassen fl. 1.50, 24 Tassen fl. 2.50, 48 Tassen fl. 4.50, in Pulver für 120 Tassen fl. 10, für 288 Tassen fl. 20, für 576 Tassen fl. 36. Zu beziehen durch Barry du Barry & Comp. in Wien, Wallfischgasse Nr. 8, in Laibach Ed. Wahr, in Marburg J. Kollert, in Klagenfurt P. Birnbacher, in Graz Gebrüder Oberramacher, in Innsbruck Dieckl & Frank, in Linz Haselmayer, in Pest Löröl, in Prag J. Fürst, in Brünn J. Eder, sowie in allen Städten bei guten Apothekern und Specereihändlern; auch versendet das Wiener Haus nach allen Gegenden gegen Postanweisung oder Nachnahme.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“) Wien, 16. Februar. Der Verfassungsausschuß hat das Nothwahlgesetz mit einer vom Minister des Innern selbst vorgeschlagener Modificirung angenommen.

Pest, 16. Februar. Das Schwurgericht verurtheilte den Redactent Popovics der „Zastava“ wegen eines Artikels, worin die ungarische Regierung der Theilnahme an der Verschwörung gegen den Serbenfürsten Michael beschuldigt wird, zur 18monatlichen Gefängnis- und 500 fl. Geldstrafe.

Pest, 14. Februar. „Naplo“ bezeichnet das Gerücht, Graf Venst habe seine guten Dienste in der „Alabama-Frage“ angeboten, als Botschafter.

Bern, 14. Februar. Der große Rath des Cantons Neuenburg beschloß mit 47 gegen 34 Stimmen den Ausschluß der geistlichen Orden vom Primarschulunterrichte.

Telegraphischer Wechselkurs vom 15. Februar.

Spec. Metalliques 62.50. — Spec. Metalliques mit Nov. und November = Zinsen 62.60. Spec. National = Antiken 71.25. — 1860er Staats = Antiken 103.50. — Bank = Actien 854. — Credit = Actien 362.25. — London 113.50. — Silber 112. — K. K. Münz = Ducaten 5.44 — Napoleons'or 9.03

Angewandte Fremde.

Am 14. Februar Stadt Wien. v. Zichtenau, Unterkrain. — Adler, Kaufm., Wien. — Jabel, Kaufm., Wien. — Seiz, Kaufm., Wien. — Kappel, Kaufm., Graz. — Reuz, Oberförster, Haasberg. — Ranth, Kaufm., Billichgrab. — Rosinatsch, Professor, Klagenfurt. Stefan. Slavjar, GÖrz. — Menschel, Kaufm., Nürnberg. — Demsar, Caplan, Sorica. — Kupst, Pfarrer, Steinbrunn. — Gorjup, Particulier, Trieste. — Pollat, Kaufm., Wien. — Kripl, Marburg. Balerischer Hof. Romanin, Handelsm., Agram. — Kubatscher, Bozen. Mohren. Kerzömit, Magaziner, Veldes. — Finschger, Radmannsdorf. — Wagner, Handelsm., Radmannsdorf.

Theater.

Dente: Zum ersten male: Philippine Welfer. Historisches Schauspiel in 5 Acten von Oscar von Redwitz.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Monat, Zeit der Beobachtung, Barometerebene in Millimetern, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Anzahl der Himmel, Niederschlag in Millimetern. Data for Feb 15, 16, 17.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayer.

Börsebericht. Wien, 14. Februar. Während Anlagspapiere aller Art bei gut behaupteten, theilweise auch gebesserten Preisen doch im Ganzen keine weitgehende Veränderung aufweisen, entwickelte sich in den der Tages speculation dienenden Bank-Effecten und in Eisenbahn-Actien, welche mit dem ungarischen Geschäfte Zusammenhang zu haben scheinen, eine bedeutende, bei ersteren sogar eine stürmische Hauffe.

Large financial table with multiple columns: A. Allgemeine Staatsschuld, B. Grundrenten-Obligationen, C. Andere öffentliche Anleihen, D. Actien von Bankinstituten, E. Actien von Transportunternehmungen, F. Pfandbriefe, G. Prioritätsobligationen, H. Wiener Communalanleihen, I. Franz-Josephs-Bahn, J. Lombard-Nordwestbahn, K. Privatloose, L. Wechsel, M. Course der Geldsorten.